

Vortrag und Diskussion

Dienendes Geld statt „marktkonformer Demokratie“?

Zur Befreiung der Wirtschaft vom Wachstums- und Renditezwang

Referent: Dr. Harald Bender, Akademie Solidarische Ökonomie

Die wirtschaftliche Freiheit des Marktes wird oft als Basis der politischen Freiheit angesehen. Zugleich aber steht das Gesetz des Marktes politischer Gestaltungsfreiheit auch entgegen. Die „marktkonforme Demokratie“ tritt dann an die Stelle der Realisierung einer *wertegebundenen* Ordnung entlang der zentralen Verfassungswerte unseres Grundgesetzes, nämlich der Gemeinwohlbindung und der Bindung an das alles überragende Kriterium der Menschenwürde. Doch was steht hinter dem Marktdiktat? Im Vortrag sollen die strukturellen Ursachen analysiert werden, die das Marktgeschehen einer globalisierten Renditekonkurrenz und einem inhärenten Wachstumszwang unterwerfen, der politische Alternativen ausschließt und so den Bestand der Demokratie und unserer politischen Freiheitsrechte gefährdet. Alternativen im Geld- und Finanzsystem, von der souveränen Geldschöpfung über die Neutralisierung des Kapitals bis hin zur Kapitalallokation über außermonetäre Bilanzkriterien, sollen als Weg der Versöhnung von Markt und "Freiheit" dargestellt werden – verstanden als Chance der politischen Umsetzung wertgebundener Ordnungen und ethischer Wirtschaftsweisen.

Format:

Vortrag mit Folien und Schaubildern (ca. 45 Minuten) mit anschließender Diskussion (ca. 45 Minuten)

Aus dem Inhalt

Ist Wirtschaft ohne Wachstum möglich?

Unsere Wirtschaftsweise ist geprägt durch einen inhärenten Wachstumszwang. Die ökologischen Grenzen des Wachstums sind aber längst erreicht. Im Rahmen der Akademie Solidarische Ökonomie entwickeln wir seit 2008 Konzepte und konkrete Ansätze ("Hebel") einer grundlegenden Transformation, damit eine Wirtschaft ohne Wachstum möglich wird. In diesem Kontext erschienen 2012 im oekom Verlag "Kapitalismus und dann? Systemwandel und Perspektiven gesellschaftlicher Transformation" (Bender, Bernholt, Winkelmann) und 2014 "Das dienende Geld - Die Befreiung der Wirtschaft vom Wachstumszwang" (Bender, Bernholt, Simon). Die dort dargelegten Konzepte öffentlichen und neutralen Kapitals, neuer Kriterien wirtschaftlichen Handelns in den Unternehmen und neuer - auch verfassungsrechtlicher - Rahmenbedingungen analysieren die notwendigen Voraussetzungen einer tatsächlichen Wirtschaftswende und einer wieder gestaltungs-fähigen Politik.

Schlüsselaspekt Geldsystem

Was macht die Zahlen auf unseren Konten eigentlich zu Geld? Wenn Geld der Gegenwert unserer wirtschaftlichen Leistungen ist, warum wachsen mit den Geldmengen dann immer auch die Schulden? Weshalb muss selbst der Staat sich verschulden, wenn er für zusätzliche Leistungen neues Geld in Umlauf bringt? Solche Fragen geraten bei der Betrachtung unserer Wirtschaftsweise gewöhnlich nicht in den Blick. Wir haben uns daran gewöhnt, Geld als etwas anzusehen, das anscheinend für uns „arbeitet“ und Zinsen und Renditen „erwirtschaftet“, als habe es ein Eigenleben. Doch mit den Zinsen und Renditen muss sich die Geldmenge permanent erhöhen – und die gesamte Volkswirtschaft ist gezwungen, mitzuwachsen. Wenn wir eine Alternative zum Leitbild „Wachstum“ formulieren wollen, müssen wir die Funktionen und Wirkweisen unseres Geldsystems in den Blick nehmen. Nur ein grundlegender Wandel vom alles beherrschenden zum *dienenden* Geld kann den Weg zu einer ethisch gestaltbaren Wirtschaft ebnen und politische Freiheitsgrade wieder erschließen.

Von der Finanzkrise zur Krise der Demokratie

Die Krise des Kapitalismus kennt viele Symptome. Was zunächst als weltweite Finanzkrise aufbrach und hier zur Euro- und dann zur EU-Krise wurde, hat mittlerweile das Stadium der *Legitimationskrise* erreicht: Kann Politik die Bedingungen unseres Zusammenlebens noch erfolgreich gestalten? Gibt es noch Optionen und Alternativen angesichts der Zwänge globalisierter Märkte und politische Akteure, die diese glaubwürdig vertreten können? Der Zuwachs national-konservativer wie auch separatistischer Bewegungen und Parteien in ganz Europa ist hier der Indikator einer Entwicklung, die unser gesamtes politisches System und damit die Basis von Freiheit und Demokratie bedroht. Die neoliberalen Rezepte der Krisenbewältigung haben eine fragile wirtschaftliche Stabilität vorläufig zurückgebracht – die soziale Spaltung zugleich aber zementiert. Der Preis ist hoch: Es ist der Verzicht auf politische und ökonomische Alternativen und die hieraus resultierende Abwendung breiter Bevölkerungskreise von den ehemaligen Volksparteien. Fragen des Klimaschutzes und der Nachhaltigkeit sind hier noch nicht einmal adressiert: sie stehen weit hinter der politischen Tagesopportunität und den manifesten Ursachen täglicher Politikverdrossenheit zurück.

Ökonomisches Primat und Freiheitsverluste

„Freiheit“ bedeutet die Wahl zwischen möglichen Alternativen. Dies gilt für *politische* Freiheit umso mehr: Die Demokratie braucht Alternativen wie die Luft zum Atmen. Und die Möglichkeit, Verhältnisse in souveräner Entscheidung gestaltend zu verändern – in jedem Umfang, den die wertgebundene Ordnung des Grundgesetzes zulässt. Dieses *Primat der Politik* – institutionell verfasst im Prinzip der Volkssouveränität – ist in der „marktkonformen Demokratie“ (so eine bekanntes Wort Angela Merkels) relativiert und auf vielen Ebenen außer Kraft gesetzt. Es wurde durch ein *Primat der Wirtschaft* ersetzt, das insbesondere über supranationale Institutionen – vom EU-Recht über die Handelsabkommen mit ihren überstaatlichen Schiedsgerichten bis hin zu den Regularien der supranationalen Währungsregime (IWF, ESM) – einen immer engeren Rahmen nationalstaatlicher Gestaltung vorgibt.

Entscheidend ist hier nicht, dass die bisherigen Nationalen an Souveränität verlieren – ein geeintes, föderales Europa ist nach wie vor eine starke und gute Vision – sondern, dass es keine originär *politisch* verfassten Institutionen auf den nationenübergreifenden Ebenen gibt, die dort das Moment der Freiheit zum Tragen bringen können.

Strukturelle Ursachen

Diese Analyse zu teilen, heisst noch nicht, über eine Strategie zu verfügen, politische Freiheit gegenüber wirtschaftlichem Zwang unter den Bedingungen der Konkurrenzglobalisierung zurückzugewinnen. Eine solche Strategie muss ansetzen an den strukturellen Ursachen des beschriebenen Syndroms der Freiheitsverluste und des neuen „Gehäuses der Hörigkeit“, um hier mit Max Weber zu formulieren.

Hinter den angerissenen Phänomenen steht als gemeinsames Prinzip das Marktgesetz – *the law of competition*, wie es in den römischen Verträgen mit allumfassendem Letztbegründungsanspruch genannt wird. Doch was steht hinter diesem kategorischen Konkurrenzgebot? Es ist die Notwendigkeit, die Mittel des Handelns so einzusetzen, dass die erhöhte Chance der Gewinnung neuer und zusätzlicher Mittel gegenüber den in gleicher Weise handelnden Wettbewerbern entsteht.

In der Verkehrung von Mittel und Zweck, die unserer heutigen Wirtschaftsweise eigen ist, wird die Ausstattung mit neuem und zusätzlichem Kapital dabei zum Zweck und Erfolgsgarant wirtschaftlicher Tätigkeit. Nicht das mit Produkten und Dienstleistungen nach *außermonetären* Kriterien erreichte zählt dabei am Ende, sondern die Gewinnung weiterer monetärer Mittel in möglichst hoher Relation zum

eingesetzten Kapital. Und gerade die völlige Loslösung des Erfolgskriteriums „Kapital“ bzw. „Kapitalrendite“ von allen inhaltlichen Qualitäten der Tätigkeiten und Ergebnisse ermöglicht dessen grenzüberschreitende, globale Durchsetzung über alle ethischen, politischen traditionellen oder regionalen Grenzen hinweg. Die „entgrenzte Moderne“ – so eine geläufige Charakterisierung heutiger Zeitdiagnosen – unterwirft alles Bisherige dabei *einem* überragenden Kriterium der Rationalität, das am Ende in monetären Bilanzen gemessen und wiederum kapitalbildend wird. Der „Gott Kapital“ – so ein Titel unseres geschätzten Kollegen und ökumenischen Mitstreiters Peter Schönhöffer – setzt sich dabei von allen weiteren Ansprüchen frei, indem er sie in eigener Münze berechnen lässt: Wie hoch sind die Kosten des Klimawandels, abgezinst auf Barwert heute? Was bringen die Investitionen ein, die der Schutz oder Wiederaufbau überfluteter Küstenregionen erfordert?

Rendite und Wachstumszwang

Weshalb ist Wachstum heute die Grundprämisse jeder Wirtschaftspolitik? Und weshalb gibt es in der Tat diesen Zwang, wirtschaftlich zu wachsen, der sowohl auf Volkswirtschaften als auch auf einzelnen Unternehmen lastet, die am (Welt-) Markt unter Konkurrenzbedingungen agieren? Die in der Literatur seit Binswanger („Die Wachstumsspirale“) wohlbegründete These lautet, dass ein inhärenter Wachstumszwang aus dem Renditeanspruch des eingesetzten Kapitals resultiert. Renditedruck und Konkurrenz sind dabei zwei miteinander verwobene Faktoren, die zusammen die vermeintliche Alternativlosigkeit der heutigen Wirtschaftsweise hervorbringen: Die größere Rendite ist es, die die Allokationsentscheidungen lenkt und durch zusätzlich bereitgestelltes Kapital eine Ausweitung der Waren- oder Dienstleistungsvolumina ermöglicht. Durch die Skalen- und Rationalisierungseffekte, die dabei möglich werden, kann der Preis gesenkt und der Marktanteil gegenüber dem Wettbewerb erhöht werden. Dort tritt nun der umgekehrte Effekt ein, so dass schon „Stillstand“ – also ein stabiles, aber eben nicht wachsendes Volumen, den Keim des Untergangs am Markt in sich trägt.

Zu diesem *allokativen Wachstumsdruck* kommt ein weiterer hinzu, nämlich jener, der aus dem Mechanismus der Geldschöpfung selbst resultiert: Jedes zusätzlich in unsere Volkswirtschaft gelangende Geld wird heute als Kredit geschöpft. Es ist „Schuldgeld“, das um den Preis in den Markt gelangt, dass es nicht nur „zurück“-gezahlt werden muss, sondern parallel zur Tilgung einen weiteren Kapitaldienst trägt – nämlich den Kapitalzins als eigenständige Renditeform. Um mindestens diesen Prozentsatz muss das Geldvolumen nun Jahr für Jahr wachsen, wenn keine Liquiditätslücke entstehen soll a) bei den Unternehmen, aus denen der Zins abfließt oder b) bei den (öffentlichen oder privaten) Haushalten, die im Zuge der Realisierung von Unternehmensgewinnen mehr für Waren und Dienstleistungen ausgeben müssen, als sie an Löhnen oder Steuern einnehmen. Der Abfluss von Zinsen und Renditen – heute oft in unübersehbare Kanäle eines globalen Finanzsystems – ist es also, der die neuerliche Zufuhr von Krediten erzwingt und den Wachstumszirkel der Schuldgeldschöpfung so in die nächste Runde führt. Das Ergebnis auf politischer und wirtschaftsideologischer Ebene ist wohlbekannt: Zum „Gott“ des Kapitals tritt in unserer heutigen Wirtschaftsweise das Wachstum als deren „Religion“. Kein politischer Ansatz, der dem nicht huldigt, hat dann die Chance, in den Diskurs der vermeintlich Vernünftigen überhaupt als politisch ernstzunehmend vorzudringen.

Alternativen und Freiheitsgrade

a) Souveräne Geldschöpfung

Alternativen im Geld- und Finanzsystem können auf vielen Bezugsebenen kurz- mittel- und langfristig formuliert werden. Ein grundlegender Wandel hängt dabei immer vom Moment der Geldschöpfung und dem strukturprägenden Prinzip dieses Erzeugungsaktes ab. Geld kommt heute als Schuldverhältnis „auf die Welt“. Es wird – durch einen Schreibakt! – kreiert, indem es an zwei Stellen verbucht wird: Einmal als Schuld der Bank an den Kreditnehmer, ihm das Geld auf Verlangen auszuzahlen (dies wird durch das Guthabenkonto des Schuldners ausgedrückt) und zum anderen durch die

Verbindlichkeiten des Schuldners, der diesen Betrag zu verzinsen und „zurück“-zuzahlen hat. Wo diesem Prinzip der „Schuldgeldschöpfung“ das Prinzip der „souveränen“ Geldschöpfung entgegengesetzt wird – Geld also ohne „Schuld“ entstehen kann – werden neue Freiheitsgrade möglich, Mittel nach ethischen statt monetären Grundsätzen zu mobilisieren und einzusetzen.

b) Die Neutralisierung des Kapitals

Das dem Kredit gegenüberstehende Kapital eines Unternehmens wird heute fälschlicherweise als „Eigenkapital“ bezeichnet, denn es „gehört“ nicht dem Unternehmen, sondern den rechtlich vom Unternehmen unabhängigen Kapitalgebern. Jedes Unternehmenswachstum, das den Wert dieses „Eigen“-Kapitals erhöht, erhöht zugleich den Wert des vom Investor eingebrachten oder investierten Kapitalstocks. Der Investor profitiert also zu 100% vom Zuwachs des Unternehmenswertes, während dieser durch das zumindest gleichgewichtige Zusammenspiel der Faktoren Arbeit, Kapital und „Boden“ entstand. Der Ansatz der „Neutralisierung des Kapitals“ bedeutet, dass die aus Arbeit und Boden resultierenden Wertzuwächse nicht dem Investor, sondern dem Unternehmen selbst zugerechnet werden. Sie werden – wie bei einer Stiftung – dann zum unveräußerlichen Bestandteil des Unternehmens und sind dadurch der Spekulation und der Abschöpfung von Kapitalrenditen entzogen. Dies vermindert zum einen den leistungslosen Einkommensanteil der durch Kapitalverfügung privilegierten und dämpft die soziale Spaltung. Zum anderen aber befreit es die Unternehmen sukzessive aus der Kapital- und Kapitalmarktabhängigkeit. Sie können dann „freier“ am Markt agieren, da sie neben den Nachfragern ihrer Produkte und Dienstleistungen die Renditeinteressen ihrer Investoren nur noch in einem sukzessiv abnehmenden Maß bedienen müssen (je nach Grad der „Neutralisierung“ des Kapitals). Auch die Politik wird gestaltungsfreier, da das Drohpotential des „Abzugs“ von Kapital bei missliebiger Gestaltung von Rahmenbedingungen immer schwächer wird.

c) Öffentliches Kapital

Der sukzessive Prozess der „Neutralisierung“ des Kapitals macht private Investitionen seitens „anonymer“, also nicht selbst unternehmerisch tätiger Kapitalgeber tendenziell unattraktiver. „Öffentliches Kapital“ kann dann an die Stelle des privaten treten, ohne dass dies zu politischen anstelle von ökonomischen Allokationsentscheidungen führen muss: Ein von der Zentralbank souverän geschöpftes Geld kann über Kreditinstitute, die wie bisher die Projekt- und Bonitätsprüfungen vornehmen, in die Wirtschaft gelangen, um dort wertschöpfend eingesetzt zu werden. „Öffentliches Kapital“ ist also keine „Subvention“ sondern eine Vorfinanzierung wirtschaftlicher Tätigkeit. Die Rolle der Banken wird dabei eine andere: Sie sind *Treuhänder* des Kapitals statt Eigentümer. Entsprechend erheben sie für Kredite dann Dienstleistungsgebühren statt Zinsen. Zinsen stünden – als Steuerungsmechanismen – dann nur noch der öffentlichen Hand zu. Die Allokationskriterien wären in diesem alternativen Geld- und Finanzierungssystem gänzlich andere: Nicht mehr die reine Finanzbilanz, sondern eine Nachhaltigkeitsbilanz, die wirtschaftliche, soziale und ökologische Ergebnisse ausweist und abwägt, wäre für die Investitionsentscheidungen (Wortstamm „Investition“: Ausstattung, Bekleidung ...) dann entscheidend.

Akademie Solidarische Ökonomie

Die Akademie Solidarische Ökonomie wurde 2008 auf Burg Bodenstein gegründet und ist Teil der Stiftung Ökumene. Sie ist eine überkonfessionelle Vereinigung von Bürgerinnen und Bürgern, zivilgesellschaftlichen Gruppen, Organisationen und Wissenschaftlern, die sich die Aufgabe gestellt haben, der Behauptung der Alternativlosigkeit unserer heutigen Wirtschaftsordnung entgegenzutreten. Sie entwickelt und systematisiert Leitvorstellungen, Systementwürfe und Modelle einer nichtkapitalistischen, solidarischen, gemeinwohlorientierten und lebensdienlichen Wirtschaft und Gesellschaft.

<http://www.akademie-solidarische-oekonomie.de>

Dr. M.A. Harald Bender



Harald Bender ist Gründungsmitglied und heutiger Leiter Grundlagenarbeit der **Akademie Solidarische Ökonomie** innerhalb der Stiftung Ökumene in Deutschland. Er ist Politikwissenschaftler und Soziologe und promovierte an der Universität Heidelberg (Dissertation: "Die Zeit der Bewegung – Strukturodynamik und Transformationsprozesse"), wo er am Institute für Soziologie forschte und lehrte.

Er ist in verschiedenen sozialen und politischen Bewegungen aktiv, u.a. im Ökumenischen Netz in Deutschland, bei Attac und in der Gemeinwohlökonomie, wo er im Indikatoren-Entwicklungsteam mitgearbeitet hat.

Harald Bender is founder member and today's director of basic studies at the **Academy on Solidarity Economy** within the Ecumenical Foundation in Germany. He is a political scientist and sociologist, graduated at the University of Heidelberg (Dissertation: "Die Zeit der Bewegung – Strukturodynamik und Transformationsprozesse"), where he was a member and lecturer at the Institute for Sociology.

He is active in various social and political movements such as the Ecumenical Network in Germany, Attac and the Economy for the Common Good, where he was part of the indicator development team.

Buchveröffentlichungen/ Main Publications

Bender, Harald: Die Zeit der Bewegung - Strukturodynamik und Transformationsprozesse. Beiträge zur Theorie kollektiven Handelns und sozialer Bewegungen, Frankfurt, 1997

Akademie Solidarische Ökonomie (Hrsg.), Harald Bender, Norbert Bernholt, Bernd Winkelmann: Kapitalismus und dann? Systemwandel und Perspektiven gesellschaftlicher Transformation, oekom Verlag, München, 2012

Akademie Solidarische Ökonomie (Hrsg.), Harald Bender, Norbert Bernholt, Klaus Simon: Das dienende Geld. Die Befreiung der Wirtschaft vom Wachstumszwang, oekom Verlag, München, 2014

Bender, Harald und Bernholt, Norbert: Unternehmen, die nicht wachsen müssen. Die Unternehmensverfassung einer solidarischen Postwachstumsökonomie, in: Adler, Frank, Postwachstumspolitiken, oekom Verlag, München 2017